

Neues aus dem Neckartal  
in Farbe jetzt auch auf  
www.tuebingen.die-linke-bw.de

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### Wohnungsbau in kommunale Hand!

#### Preiswertes Wohnen in Rottenburg

Ende November hat Rottenburgs Gemeinderat parteiübergreifend die Gründung einer kommunalen Wohnbaugesellschaft (WBR) beschlossen. Sie ist als städtischer Eigenbetrieb wirtschaftlich selbständig (wie z.B. die Stadtwerke), wird aber vom Gemeinderat mittels eines Betriebsausschusses kontrolliert.

Von ihren 138 Wohnungen bringt die Stadt 92, meist sehr renovierungsbedürftige Wohnungen als Bestand ein. Außerdem plant sie im Dätzweg eigenen Wohnungsbau für Geringverdiener, Studenten und Flüchtlinge. Insgesamt will sie in den nächsten zehn Jahren etwa 300 neue Wohnungen bauen. Die Stadt gewährt der WBR ein Trägerdarlehen von 5,4 Mio. Euro und gibt 1,2 Mio. Euro für Sanierungen sowie 3,2 Mio. Euro für den Bau von 60 Wohnungen bis 2019 aus – eine erhebliche Investition.

#### Mehrfaches Versagen im Wohnungsbau

OB Neher hat diesen Weg der Stadt einen „historischen Beschluss“ genannt. Diesen Begriff benutzen Politiker gern, wenn sie ihre Fehler in der

Vergangenheit verschweigen wollen. In Rottenburg ist der Zahl der Personen mit Wohnberechtigungsschein in zwei Jahren um 20 Prozent auf 289 Personen gestiegen. Private Investoren hielten es nicht für nötig, der Stadt Belegungsrechte für preiswerten Wohnraum anzubieten. Dies zeigt, dass der „freie“ Wohnungsmarkt nur auf Profit aus ist

ten und „umfassende Sanierungen“ gilt, erwies sich als untaugliches Manöver. Aber selbst dagegen hetzte FDP-Rechtsaußen Rühlke im Landtag. Sie sei „sozialistische Planwirtschaft“.

Doch neoliberale Politiker tun nichts gegen die Wohnungsnot, die Zahl der geförderten preiswerten Wohnungen sank von fünf Millionen (1989) auf 1,4 Mio. (2013). Wegen der auslaufenden Mietpreisbindung verloren nicht nur Geringverdiener ihre Wohnung, sondern auch Städte und Gemeinden ihre Investitionen. Berücksichtigt ist der Verkauf von 21.500 LBBW-Wohnungen für 1,4 Mrd. Euro an den Privatinvestor Patrizia statt an ein



kommunales Bieterkonsortium. Das verantwortet die SPD. Kürzlich wurden diese Wohnungen – 550 davon in Tübingen - mit einem Gewinn von 500 Mio. Euro an die Deutsche Annington weiterverkauft. So fehlen allein in Baden-Württemberg aktuell 500.000 Wohnungen. >>>

#### Lesen Sie weiter:

Kapitalinteressen vor Gesundheitsvorsorge Seite 3

S 21 - Fünf Jahre nach der Volksabstimmung Seite 5

Haushaltsanträge zum Haus der Nachbarschaft Seite 8

Front-EX - Schutz vor Flüchtlingen, Menschenhändlern Seite 9

Skandalöser Reichtum gefährdet unsere Demokratie Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Rottenburgs CDU förderte im Kreuzerfeld-Süd nur Eigenheimbesitzer und lehnte jahrelang den Antrag der **LINKE** ab im Haushalt genauso viel Geld für sozialen Wohnraum einzustellen. Sechs Jahre lang forderte **DIE LINKE** die Stadt auf, endlich eine Planung für preiswerten Wohnungsbau vorzulegen und das gesamte DHL-Gelände dafür zu nutzen. Umso bemerkenswerter ist, dass OB Neher bei der Einbringung des Haushalts 2017 eingestehen musste, dass Wohnungsbau zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört und damit Aufgabe der Stadt ist!

Das bisherige Versagen im preiswerten Mietwohnungsbau war ein idealer Nährboden für die AFD, Flüchtlinge gegen Wohnungssuchende auszuspielen. Rottenburgs Kopp-Online veröffentlichte 2015 fast täglich Artikel mit dieser primitiven Hetze. Deshalb war es richtig, dass der Gemeinderat die Anschlussunterbringung für 90 Asylbewerber im Hammerwasen strikt vom städtischen Wohnbau auf dem DHL-Gelände trennte.

#### Vorrang für preiswerten Mietwohnungsbau

Rottenburgs Bevölkerung wächst: Im Juni 2016 waren es schon über 44.000 Einwohner. Dieses Wachstum wird weitergehen. In den nächsten zehn Jahren soll Rottenburg um 3.000 Einwohner wachsen. Damit verschärft sich



auch die Wohnungsnot, besonders für Menschen in Hartz IV und Geringverdiener. **Kommunaler Wohnungsbau ist richtig, weil er überhaupt erst Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt für kinderreiche Familien, barrierefreies und seniorengerechtes Wohnen, für preiswerten Wohnraum und für ökologisches Bauen ermöglicht.**

Die Stadt kann endlich ihrer Pflicht nachkommen, Menschen mit Wohnberechtigungsschein eine Wohnung anzubieten.

Der weitere große Vorteil: Kommunale Investitionen gehen im Unterschied zu Steuersubventionen für Investoren nicht verloren – hier wird kommunales Eigentum geschaffen, auf

das die Stadt jederzeit zurückgreifen kann! Die (langfristig geplanten) Einnahmen können zur Senkung von Mietpreisen, zur notwendigen Sanierung von Wohnungsbestand und zum Kauf von Bauland eingesetzt werden. **DIE LINKE** wird sich am erfolgreichen Vier-Säulen-Modell des geförderten Wiener Wohnungsbaus orientieren: Soziale Nachhaltigkeit durch gemischte Wohngebiete (soziale Infrastruktur berücksichtigen und Ghetto-Bildung verhindern) – Architektur (Wohn- und Freiraumqualitäten verbinden) – Ökologie durch klima- und ressourcenschonendes Bauen – Ökonomie (Sicherung der kommunalen Finanzen, mietergerechte Preise usw.).

Diese Investitionen lohnen sich. **DIE LINKE** wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt das gesamte DHL-Gelände für preiswerten Wohnungsbau nutzt, statt weiterhin jahrelang eine Gewerbebranche zu pflegen und Millionen aus dem Grundkopfbetrag (für zusätzliche Einwohner) zu verschenken!

Auf der Grundlage der Diskussion im Verwaltungsausschuss legte **DIE LINKE** folgenden Antrag als Ergänzung zum Grundsatzbeschluss zum Wohnungsbau im Gemeinderat vor. **Er wurde abgelehnt, weil OB Neher darin „viele neue Aspekte“ sah!** Das spricht Bände! Hier der Antrag:

**„Die WBR Rottenburg setzt sich zum Ziel, preiswerte Wohnungen vorrangig kinderreichen Familien, Geringverdienern, Menschen mit Wohnberechtigungsschein, Senioren mit geringem Einkommen und Studenten anzubieten. Die WBR fördert und verbindet in ihren Programmen Wohnungsbau mit gemeinschaftsbildender sozialer Infrastruktur, mit Aspekten der ökologischen Nachhaltigkeit und architektonisch innovativen Ideen.“**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

## Spekulanten umgehen Grunderwerbssteuer durch Share-Deals

**Deutsche Millionäre haben 20 Prozent ihres Vermögens von vier Billionen Euro in Immobilien angelegt. In diesen 800 Milliarden Euro sind die eigenen Luxusvillen nicht eingerechnet.**

Wenig bekannt ist die Rolle der Steuerpolitik unserer Regierung. So hat der Verbund investigativer Journalisten von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitungen im Zusammenhang mit den Panama-Papieren öffentlich gemacht, dass die Firma Vermont Solicitors Luxusimmobilien in Bremerhaven, Wilhelmshaven und Leipzig gekauft hat. Sie wurde 2008 in Panama gegründet, gehört heute einem russischem Staatsmanager und wird mitfinanziert vom Versorgungswerk deutscher Zahnärzte Nordrhein mit Sitz in Düsseldorf.

In Deutschland gehören 93 Prozent der

**Grundstücke von Supermärkten wie Aldi, Lidl und Netto** einem britischen Immobilieninvestor, die restlichen sieben Prozent einer anderen Briefkastenfirma.

Diese Share-Deals sind auch im Wohnungsmarkt weit verbreitet, weil die Anteilseigner keine Grunderwerbssteuer zahlen müssen - sie besitzen ja „NUR“ Unternehmensanteile.

So gibt es in Berlin etwa 5.000 Grundsteuerkonten von Firmen, die in Steueroasen wie Luxemburg und den Niederlanden sitzen. **Der Wert ihrer Immobilien ist nach Aussagen der Berliner Senatsverwaltung ein Betriebs- und Steuergeheimnis.**

In seiner Studie über die „Steueroase Deutschland“ hat Michael Meinzer die

Steuertricks auch im Immobilienbereich systematisch untersucht. Allein in den letzten Jahren wurden in Baden-Baden Immobilien im Wert von 100 Mio. Euro an Russen verkauft. Meinzer schreibt:

**„Insgesamt stieg das Transaktionsvolumen von Immobilien in Deutschland 2013 auf 183 Mrd. Euro mit einer Steigerung um neun Prozent gegenüber 2012. Dass in Deutschland anders als etwa in Großbritannien das Grundbuch nicht öffentlich einsehbar ist, spielt Geldwäschern nochmals in die Hände.“**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

# Kapitalinteressen vor Gesundheitsvorsorge

## Bessere Gesundheitsvorsorge fordert neue politische Weichenstellungen

„Viel Gesundheit fürs neue Lebensjahr!“ steht auf so mancher Geburtstagskarte. Die meisten sind sich einig, dass Gesundheit das Wichtigste für ein gutes Leben ist.

Herrscht an diesem Punkt noch völliges Einvernehmen, so lösen zwei Sätze aus dem Parteiprogramm der **LINKEN** (S. 31) vielleicht Widerstand aus:

„ Die Grundversorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Leistungen wie Energie, Wasser ... aber auch... Gesundheit ... darf nicht kapitalistischem Profitstreben überlassen werden. ... Denn renditeorientierte Unternehmen richten ihr Angebot nicht am Bedarf der Menschen aus ...“

Im Grundgesetz steht, dass Eigentum verpflichtet. Investmentfonds und Großunternehmen werden sich eher den Renditeerwartungen der Eigner verpflichtet fühlen als dem Gemeinwohl. Das erstere ist schließlich ihr Geschäft.

Ich möchte heute von einer schleichenden und kaum diskutierten Gefahr für unsere Gesundheit durch kapitalistisches Gewinnstreben berichten. **Es geht um die hemmungslose, legale Ausbeutung unseres Gesundheitssystems durch kapitalkräftige Großkonzerne.**

Ein kleines Start-Up-Unternehmen entwickelte, wobei öffentlich finanzierte Grundlagenforschung genutzt wurde, ein vielversprechendes Mittel gegen Hepatitis C. Das Start-Up, in das seine Geldgeber **65 Millionen** Dollar investiert hatten, war damit plötzlich ein heißbegehrtes

Spekulationsobjekt für Finanzinvestoren. Schließlich wurde das Unternehmen von der Firma Gilead für **11 Milliarden** Dollar gekauft. Für die Käufer war das der Beginn eines warmen Geldregens, der ihnen pro Jahr eine Profitspanne von **55%** bescherte.

Bei Entwicklungskosten von zuletzt insgesamt **271 Millionen** Dollar setzte Gilead mit diesem Mittel in gut zwei Jahren bis Anfang 2016 ca.

**35 Milliarden** Dollar um (arzneitelegramm 9/16).

**Was hat das mit uns zu tun?** Sehr viel! Nach heutiger Rechtslage müssen wir in der BRD anfangs praktisch jeden Preis für ein neues Medikament bezahlen. Die gesetzlichen Krankenkassen sind verpflichtet, ihre Patienten damit zu versorgen. Für das Mittel gegen Hepatitis C müssen wir in diesem Jahr vor-

aussichtlich mehr als **20%** des aktuellen Arzneimittelbudgets ausgeben. Laut Schwäbischem Tagblatt vom 25.10.16

wären das mehr als **6,6 Milliarden** Euro nur für ein einziges neues Präparat! Daneben lauern noch weitere medikamentöse Kostentreiber.

**Von wo soll das Geld dafür kommen?** Steigende Krankenkassenbeiträge betreffen nach der letzten „Reform“ zu Gunsten der Wirtschaft systematisch besonders die Arbeitnehmer. Sparen wird man wahrscheinlich wie so oft bei den Gesundheitsausgaben

ohne starke politische und finanzstarke Lobby.

Was könnte man mit **6,6 Milliarden** Euro für das Personal von Altenheimen, die Pflege in unseren Krankenhäusern, für Physiotherapie,

Ergotherapie, psychologische Betreuung etc. tun? Wenn wir eine bessere Gesundheitsvorsorge wollen, müssen wir uns heute für die notwendigen politischen Weichen-

stellungen einsetzen. Ich kann dem letzten Satz des Gilead-Artikels im sonst unpolitischen arzneitelegramm nur beipflichten:

**„Was dringend benötigt wird, sind innovative politische Konzepte, um die Bezahlung relevanter Therapieinnovationen zu sichern.“**

Wer glaubt angesichts der aktuellen politischen Führung noch an neue Konzepte? Statt dessen wird weiter gelten:

**Kapitalkräftige Konzerne plündern legal die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen. Die Kosten tragen die Beitragszahler. Leidtragende bleiben die schlecht bezahlten Altenpfleger, Krankenschwestern, Physiotherapeuten und vor allem die älteren Patienten, die auf die Hilfe dieser Fachkräfte in besonderem Maße angewiesen sind.**

Gastbeitrag von  
**Dr. med. Klaus G. Weber**  
Rottenburg

**Gesundheit ist keine Ware**

**DIE LINKE.**



**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

# Kommunaler Urnenwald Rammert

## DIE LINKE beantragt erste Planungsrate

Wer heute einen lieben Menschen zu Grabe tragen muss oder ihn in einer Urne zur letzten Ruhe bringt, der muss häufig eine Summe berappen, die sich auch bei bescheidenen Ansprüchen und Möglichkeiten sehr rasch in eine Größenordnung von 5.000 – 8.000 € anwachsen kann, wobei nach oben kaum Grenzen gesetzt sind.

Auch die Stadt Rottenburg hat ungeachtet ihrer Bestattungsgebührensatzung in den vergangenen Jahren mit ihren Friedhöfen erhebliche Defizite eingefahren: Im Jahr 2014 gab es eine Unterdeckung von rund 95.000 €, 2015 fehlten rund 59.000 €, 2012 summierte sich die Unterdeckung gar auf 158.000 Euro.

Eine solche unerfreuliche Entwicklung ließe sich freilich unschwer stoppen, wenn auf Rottenburger Gemarkung ein kommunaler Urnenwald nach dem Vorbild der bekannten „Friedwälder“

errichtet würde. Deshalb hat **DIE LINKE** folgenden Antrag in den Gemeinderat eingebracht (siehe Kasten).

Als Bürger in einer katholischen Me-

---

**DIE LINKE beantragt die Einstellung einer Planungsrate von 20.000 Euro für die Einrichtung eines „Kommunalen Urnenwald Rammert“ in einer variablen Ausdehnung auf 28 Hektar.**

Begründung:

Die allgemeinen Bestattungskosten und die damit einhergehenden Verwaltungs- und Instandhaltungskosten der städtischen Friedhöfe belasten die Stadt Rottenburg und die Hinterbliebenen in einem Maße, dass bereits heute die Grenzen des Zumutbaren für viele, auch für die Kommune selbst, überschritten werden. Ein kommunaler Urnenwald kann dieser Entwicklung auf mittlere Sicht durch deutlich verringerte Kosten für Kommune und Nutzer entgegenwirken. Ein Urnenwald auf städtischer Gemarkung, in Rottenburg topografisch problemlos zu errichten, könnte sehr wohl die wünschenswerte soziale Verträglichkeit wiederherstellen, die die klassischen Friedhöfe wegen der hohen Kosten nicht mehr ermöglichen. Da in einem Projekt Urnenwald Rammert wie in allen anderen bereits existierenden „Friedwäldern“ alle Formen der Urnenbestattung möglich und denkbar sind, entspricht ein solches Vorhaben nahezu allen ethischen Normen und religiösen Rahmenbedingungen.

---

tropole muss man allerdings wissen, dass der Bischof sich ganz entschieden gegen die Errichtung von „Friedwäldern“ oder „Urnenbestattungen in natürlicher Umgebung“ gewandt hat. In einem Hirtenwort unter dem Titel

„Bestattungskultur in der Diözese Rottenburg-Stuttgart“ heißt es zum Thema Urnenbeisetzung im Wald: „Sie fördert privatreligiöse, naturreligiöse oder pantheistische Vorstellungen und verbannt die Verstorbenen noch mehr aus dem alltäglichen Lebensraum der Lebenden in einen oft weit entfernten Wald. Eine Mitwirkung katholischer Amtsträger bei der Errichtung oder Eröffnung entsprechender Anlagen ist daher nicht möglich.“

Die Einstellung der Amtskirche zeigt, dass der wünschenswerte Weg zu einem kommunalen Urnenwald Rammert steinig werden dürfte, da die Trennung von Stadt und

Kirche in Rottenburg noch nicht vollzogen ist. Aber machen wir uns trotzdem auf den Weg, denn *steter Tropfen höhlt den (Grab-)Stein!*

Christian Hörburger, Gemeinderat

## Die Nullzinspolitik heißt null Prozent für das Guthaben

... Zurück zu den Bausparern. Mehr als 20 Jahre lang war die Beziehung für Bausparer und Bausparkasse ein erträgliches Geschäft. Der Bausparer zahlte stetig Geld bei seiner Bausparkasse ein und die vergab ihm sukzessive Darlehen für Altbaumodernisierung, Gebäudeaufstockung und altersgerechten Umbau. Es hat nie Probleme geben, sagt der Bausparer. Bis vor einem Jahr.

Da fand der Kunde ein Kündigungsschreiben in seinem Briefkasten. Die Bausparkasse stellt ihn vor die Wahl, entweder lasse er sich sein angespartes Geld auszahlen oder er müsse in einen neuen Vertrag mit schlechteren Bedingungen wechseln. Seither befindet sich der Sparer inmitten eines beispiellosen Streits zwischen Sparern und Bausparkassen. Was war passiert?

Die langjährigen Kunden sind den Instituten schlicht zu teuer geworden. Schätzungsweise haben sie 100 000 Altverträge gekündigt. Die Frage ist,

---

Die Nullzinspolitik ist ja auch das Ergebnis der nicht überwundenen letzten Finanzkrise.

Sahra Wagenknecht, in: junge welt, 15.10.2016

---

ob die Kündigungen rechtmäßig sind. In den 90er Jahren erhielten die Bausparer noch 4 bis 5 Prozent, sie sanken auf 2,5 Prozent und heute - am 24.10.2016 - sind es bei Neuverträgen noch 0,25 Prozent oder noch weniger.

All das sind Folgen der Null-Zins-Politik. Die historische Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), den Leitzins in der Eurozone auf Null zu senken, hat enorme Auswirkungen. Kreditnehmer können sich über niedri-

ge Zinsen für Bau- und Konsumdarlehen freuen, dafür trifft es Sparer zum Teil sehr hart. Betroffen sind ebenso die Rentenkassen, die oben genannten Bausparkassen und die Lebensversicherungen. Für den „einfachen“ Sparer lohnt sich das Sparen nicht mehr. Den Wertverlust des Geldes kann er nicht mehr durch Zinsen ausgleichen. Er wird ärmer. Seine Altersabsicherung ist in Frage gestellt. Ob von Betrug gesprochen werden kann, lasse ich offen. Der Tatbestand der Enteignung kann wohl nicht bezweifelt werden. ...



(Aus meiner Rede bei der Montagsdemo in Tübingen am 24.10.2016)

Hans Jürgen Petersen

Rottenburg

# Stuttgart 21

## Fünf Jahre nach der Volksabstimmung

**Infolge der Landtagswahl 2011 kam in Baden-Württemberg eine grün-rote Koalition zustande. Winfried Kretschmann, ein damaliger S21-Gegner, wurde Ministerpräsident und Nils Schmid, ein S21-Befürworter, Finanzminister. Da nun die Grünen gegen Stuttgart 21, die SPD aber dafür war, waren sich beide Koalitionspartner darüber einig, dass sie sich in Bezug auf Stuttgart 21 nicht einig sind.**

Auf die Initiative von Nils Schmid sollte nun das „Volk“ über eine Gesetzesvorlage der Landesregierung abstimmen, welche die Rücknahme der Landesbeteiligung (laut Finanzierungsvertrag 930 Millionen von insgesamt 4,5 Milliarden Euro) an der Projektfinanzierung vorsah und die bereits vom Landtag von Baden-Württemberg abgelehnt worden war.

Nachdem Kretschmann sein Amt angetreten hatte, schrieb er sich die Worte „Bürgerbeteiligung“ und „Direkte Demokratie“ ganz groß auf die Fahnen. Demnach sollte aber das „Volk“ zwar „gehört“ aber nicht „erhört“ werden. In dieser Volksabstimmung im November 2011 ging es nur um die Landesbeteiligung und nicht darum, ob Stuttgart 21 gebaut werden soll oder nicht, obwohl dies fälschlicherweise immer wieder so dargestellt wird.

Durch unzählige Lügen, falsche Versprechungen, einseitige Geldspenden sowie unzulässige Einflussnahme durch Mandatsträger ist es den Projekt-Befürwortern mit allen nur denkbaren Tricks gelungen, das „Volk“ auf ihre Seite zu ziehen und eine Mehrheit von 58,8 Prozent gegen den Gesetzentwurf zu erzielen.

Daraufhin erklärte der grüne Teil der Landesregierung, das Votum zu akzeptieren und den Bau von S21 „konstruktiv-kritisch“ zu begleiten. Aber für Kretschmann ist „konstruktiv-kritisch“ gleichbedeutend mit umfallen und sich den Projekt-Befürwortern anzuschließen. So ließ er sich z. B. medienwirksam mit dem Tunnelbohrmaschinenhersteller Herrenknecht ablichten. Er verkroch sich in sein Schneckenhaus und sah tatenlos zu, wie Schlossgarten und Südflügel unnötig

zerstört wurden, wie weiterhin gelogen, betrogen und getrickst wurde. Bis heute wiederholt er immer wieder gebetsmühlenartig: „Das Volk hat es ja so gewollt, der Käs ist gegessen“.

Nun sind fünf Jahre vergangen, aber der Geist der Volksabstimmung ist immer noch allgegenwärtig. So kam es kürzlich zu zwei Ausschusssitzungen im Stuttgarter Gemeinderat, in denen der aktuelle Stand des Projektes bera-



ten werden sollte. Insbesondere ging es dabei um Themen wie Leistungsfähigkeit, Brandschutz, Wirtschaftlichkeit und Kosten. Dazu sollten Experten angehört werden, auch solche, die S21 gegenüber kritisch eingestellt sind.

Der S21-freundlich gesonnene grüne Stuttgarter OB Kuhn ging dabei ganz raffiniert vor. Zunächst sollte die Veranstaltung in einem kleinen Sitzungssaal mit nur sehr wenigen Zuhörerplätzen stattfinden. Erst auf starken Protest hin zog man dann in den Grossen Sitzungssaal um. Darüber hinaus wurden überwiegend Fachleute gehört, die von der Bahn benannt wurden. Von den S21-kritischen Experten wurden nur wenige zugelassen, die darüber hinaus auch noch mit einem Maulkorb versehen wurden, indem sie z. B. keine Fragen beantworten durften. Wieder andere wurden gar nicht erst eingeladen. Somit wurde die ganze Sache zu einer Show-Veranstaltung für ein Projekt, das S21-Projektleiter Leger als „Luxusbahnhof“ bezeichnete.

In einer kürzlich stattgefundenen Veranstaltung im Stuttgarter Theaterhaus, in der auch das Alternativkonzept „Umstieg 21“ (siehe Bericht in der vorletzten Ausgabe) vorgestellt wurde, führten der Schauspieler Walter Sittler, berühmtester Stuttgart-21-Gegner, mit Staatsrätin Gisela Erler, Kretschmanns gewieftes Sprachrohr, ein Streitgespräch. Dabei ging es auch um die Volksabstimmung. Kretschmann sei, so Erler, aufgrund des Abstimmungs-

ergebnisses „völlig niedergeschlagen“ gewesen, sah sich aber in der Pflicht, das Projekt durchzuziehen. Erler taktierte geschickt, indem sie zugab, die Argumente der S21-Gegner seien zwar richtig, dennoch ist die Volksabstimmung rechtmäßig und gültig. Dabei ließ sie völlig außer Acht, dass die Wähler damals getäuscht worden waren. Seinerzeit hieß es z. B., S21 koste 4,5 Milliarden, und man konnte aufgrund dieser „Tatsache“ seine Entscheidung treffen. Heute wissen wir, dass diese Aussage einfach nicht stimmt, was sogar von S21-Befürwortern anerkannt wird. Ähnliches gilt auch für Aussagen zur Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit usw., aber die Volksabstimmung ist laut Kretschmann und Erler weiterhin gültig.

Aufgrund der Unwahrheiten ist dem Finanzierungsvertrag aber die Geschäftsgrundlage entzogen, weshalb von einer gültigen Volksabstimmung keine Rede mehr sein kann. Erler aber wollte noch weiter punkten, indem sie behauptete, durch den „Faktencheck“ während Geislers Schlichtung 2010 seien viele S21-Kritiker auf die Befürworterseite „umgeschwenkt“. Darüber hinaus habe die Bahn S21 nicht gewollt, sondern wurde mit hineingezogen; gewollt wurde das Projekt nur von den Vorgängerregierungen Oettinger und Mappus.

Fast gleichzeitig distanziert sich Bahnchef Grube von S21 und sagt: "Ich habe Stuttgart 21 nicht erfunden und hätte es auch nicht gemacht". Für einen Ausstieg oder Umstieg ist er aber nicht bereit. Stattdessen will die Bahn jetzt das Land Baden-Württemberg verklagen, sich an zwei Milliarden Kostensteigerungen zu beteiligen. Wie bereits mehrfach berichtet, haben im Jahr 2013 höchste politische Kreise den Bahn-Aufsichtsrat auf kriminelle Weise gedrängt, die Mehrkosten durchzudrücken.

**OBEN BLEIBEN!**

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**  
Rottenburg

# Rechtsvereinfachung in der Grundsicherung ? (Teil 2)

## Bürgerfreundlich und transparent ist anders

Im ersten Teil beschäftigte ich mich mit dem Begriff „sozialwidriges Verhalten“ und kam zu dem Schluß, dass damit das Verhalten eines „Asozialen“ gemeint sein muss.

Ich kann mir lange die Finger wund tippen über rechtswidrige Anweisungen, illegale Gesetze und Grundgesetzverstöße, wenn da - gemäß weitverbreiteter Meinung - einer ist, der seine Hilfsbedürftigkeit selbst verschuldet hat, einer der die Gemeinschaft, also uns alle betrogen und bestohlen hat. Das ist gefühlt so, als wenn sich jemand freiwillig mit der Pest ansteckt.

In Zweites Buch Sozialgesetzbuch SGB II findet sich unter Fachliche Weisungen § 34 SGB II zu Ersatzansprüche bei sozialwidrigem Verhalten:

(1)1 Wer nach Vollendung des 18. Lebensjahres vorsätzlich oder grob fahrlässig die Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen nach diesem Buch an sich oder an Personen, die mit ihr oder ihm in einer Bedarfsgemeinschaft leben, ohne wichtigen Grund herbeigeführt hat, ist zum Ersatz der deswegen erbrachten Geld- und Sachleistungen verpflichtet.

2 Als Herbeiführung im Sinne des Satzes 1 gilt auch, wenn die Hilfebedürftigkeit erhöht, aufrechterhalten oder nicht verringert wurde.

3 Sachleistungen sind, auch wenn sie in Form eines Gutscheins erbracht wurden, in Geld zu ersetzen. ...

Ich weiß, es wird immer noch Menschen geben, die sagen: Wo ist das Problem? Wir haben da einen Asozialen, der uns alle betrogen hat und nun soll er das ergaunerte Geld zurückgeben. Ist doch voll gerecht.

Nur, dass die Wirklichkeit nie so geradlinig und einfach ist. Was, wenn dieser Asoziale, eine alleinstehende Mutter ist, welche den Namen des Vaters nicht preisgeben möchte? Oder jemand hat etwas geerbt und möchte seine jahrelang aufgehäuften Schulden begleichen. ... Es läuft immer aufs Gleiche raus. Wir verschwenden unsere Zeit damit, über fachliche Weisungen zu diskutieren und darüber, ob die von

Hartz IV betroffenen an ihrer Situation selber schuld sind oder nicht. Ganz ehrlich? Mich kotzt das an.

Es kotzt mich an, dass wir in einem Land leben, in dem eine Behörde definiert, wann sich ein Bürger "sozialwidrig verhält". Dieselbe Behörde, welche §1 Abs.1 GG mit Füßen tritt. Die betrügt, Gesetze umgeht und Gerichtsurteile ignoriert. Aber ich muss mich zügeln, ich hatte mir vorgenommen, nicht immer nur negativ zu schreiben. Darum schreiben ich mal, was ich mir wünschen würde, z.B. Schlagzeilen bei Focus, Spiegel und Bild:

**"KNALLHART!"** Sanktionsfrei e.V. weist Jobcenter in ihre Schranken." (Spiegel Online)

**"UNVERSCHÄMT"** So zocken Ämter die Bürger ab. (BILD am Sonntag)

**"100 legale Hartz IV Tricks"** (Focus)

Keine dieser Schlagzeilen wäre utopisch. Sanktionsfrei e.V. ist online und bereit Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wer nicht betroffen ist und sich solidarisch zeigen möchte, kann ein Hartzbreaker werden.

(<http://www.sanktionsfrei.de/meineakte/#hartzbreaker>)

Natürlich sind solche Schlagzeilen nicht so sexy wie jener Müll, den Zeitungen und Onlinemedien ihren Lesern sonst so vorwerfen. Dabei gilt der Vorwurf nicht nur den Medien im Allgemeinen sondern auch unser eigenen Wahrnehmung. Um diese etwas positiver zu fokussieren hier noch ein paar Neuigkeiten von Sanktionsfrei e.V

Liebe Unterstützer\*innen und Interessierte,

es gibt Neuigkeiten von Sanktionsfrei und zwar nicht zu knapp! Bei unserer Veranstaltung »Was würde wenn – Alternativen zu Jobcenter-Sanktionen« riefen Inge Hannemann, Katja Kipping (Die Linke), Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) und Helmut Kleebank (SPD) zu mehr Widerstand gegen Hartz IV Sanktionen auf.

(Live-Mitschnitt <https://sanktionsfrei.de/podiumsdiskussion-am-13-10-2016-danke/>)

Passend dazu hat Sanktionsfrei vor einigen Tagen die erste Funktion der neuen Plattform veröffentlicht. Und zwar unter (<https://plattform.sanktionsfrei.de/>)

Das Querulantum kann beginnen! Wir können dich ab jetzt unterstützen, wenn du gerade folgendes Schreiben

vom Jobcenter bekommen hast: **"Anhörung zum möglichen Eintritt einer Sanktion"** (... wegen

Meldeversäumnis). Das ist der häufigste Fall, weswegen Leistungsbezieher\*innen sanktioniert werden. Aber ab und zu gehen Briefe auf dem Postweg verloren oder werden vom Jobcenter gar nicht abgeschickt. Das Jobcenter muss allerdings im Streitfall beweisen, dass der Brief angekommen ist, z.B. durch ein Einschreiben oder eine Postzustellungsurkunde. Du hast diesen Fall gerade? Informiere dich hier. (<https://sanktionsfrei.de/die-erste-funktion-ist-online/>)

Bürgerfreundlich und transparent ist anders.

Am Donnerstag waren wir in Leipzig beim Bundesverwaltungsgericht und wurden Zeugen davon, dass mal wieder kein Urteil zu Gunsten der Leistungsberechtigten gefällt wurde: Nach wie vor dürfen die Jobcenter die Telefonnummern der Sachbearbeiter geheim halten.

Sanktionsfrei und FragDenStaat.de haben deswegen jetzt kurzer Hand eine Plattform gestartet, über die man ganz einfach Einsicht in die persönliche Jobcenterakte beantragen kann. Denn in den Akten findet man üblicherweise auch die direkten Durchwahlen. Los geht's

<http://sanktionsfrei.de/meineakte/>.



Isabelle Groschke

Wurmlingen

# Gerechtigkeitslücke gefüllt

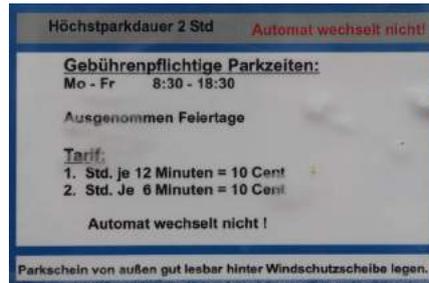
## „Straßenparker“ nicht mehr benachteiligt

Wer in diesen grauen Vorweihnachtstagen seinen PKW zum Beispiel am unteren Bereich der Schütte, am Ehinger Platz, Hinter dem Löwen, an dem Neckarufer der Kirchgasse, in der Schuhstraße, der Gartenstraße, der Reiserstraße oder gar der Stadtlanggasse dem ruhenden Verkehr übergeben, sprich parken will, dem wird auf den entsprechenden Parkscheinautomaten mitgeteilt, dass der Gebührenschuldner und Fahrzeuglenker, der das Fahrzeug (nicht unbedingt sein eigenes!) zum Zwecke des Parkens im gebührenpflichtigen Parkraum abstellt von Montag bis Freitag, in der Zeit von 08:30 – 18:30, Parkgebühren zu entrichten habe.

Das war nicht immer so, denn bis zur Gemeinderatssitzung vom 18. Oktober hatte der Autofahrer auch an Samstagen eine entsprechende Parkgebühr zu entrichten. **DIE LINKE** im Gemeinderat der Stadt Rottenburg beantragte daher zum wiederholten Mal, man möge die Parkgebühren wie schon für den Sonntag auch am Samstag ersatzlos streichen. Grund: in den bestehenden Parkhäusern wie Museum, Schütte und Rathaus ist das Parken an Samstagen und Sonntagen schon seit Jahrzehnten gebührenfrei, weil die Besucher wegen

vermuteter Kaufkraftbindung (nicht zu Unrecht und durchaus mit Erfolg) in die Geschäfte und auf den Markt gelockt werden sollen.

Wer aber bislang samstags die innerstädtischen Straßen zum Parken nutzen wollte, der wurde im Vergleich mit den kostenfreien Parkhäusern bestraft. In diese Gerechtigkeitslücke stieß der



Antrag der **LINKE**, und siehe da: die Gemeinderäte stimmten dem Antrag mit überwältigender Mehrheit zu.

Ordnungsamtsleiter Markus Braun ist allerdings von der neuen und vernünftigen Samstag-Regelung wenig begeistert, und so ist es auch zu verstehen, dass die Überarbeitung der Tarifordnung an den entsprechenden Parkscheinautomaten Wochen auf sich warten ließ. Fremde, Unkundige und Gesetzestreue (*Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!*) wurden also weiterhin und

allzu lange ganz im Gegensatz zum Gemeinderatsbeschluss geneppt, obwohl sie schon früher Anspruch auf freies Parken gehabt hätten. Aber Schwamm drüber - es ist endlich geschafft.

Die Stadt Rottenburg hat mit ihren Automaten 85.000 € im Jahr umgesetzt - immerhin. Und die Knöllchenbrigade hat jetzt auch an Samstagen frei. Auch aus gewerkschaftlicher und arbeitsrechtlicher Sicht ist das unbedingt ein Vorzug.

Und noch was:

Sehr viel mehr nimmt die Stadt mit Bußgeldern für Verkehrsübertretungen ein, nämlich 940.000 € pro Jahr. Deshalb fordert OB Neher radikal und offensiv und das wörtlich: Wenn zu schnell gefahren wird, *dann bitte nur in der Raumschaft Rottenburg*, weil dann das Geld direkt der Kommune zugutekommt.



**Christian Hörburger**

Gemeinderat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Obernau

## HFR - Zweite Fairtrade-Uni im Ländle

Rottenburgs Hochschule für Forstwirtschaft (HFR) wurde nach Aalen als zweite Fairtrade-Uni geehrt für ihre Aktivitäten, Studierende, Lehrkörper und Personal für fairen Handel zu motivieren. Angesichts von 10 Rosen für 2,99 Euro vom Kilimandjaro im Kaufland (Wasservergeudung) und KiK-Billigkleidung aus Bangladesh ist das ein weiterer Lichtblick in der Fairtrade-Stadt Rottenburg, in der im Mai St.Klara den Titel als Fairtrade-Schule erhielt.

Mitglieder der Studierendeninitiative für nachhaltige Entwicklung ROSINE berichteten im Beisein von Rektor Bastian Kaiser, Lioba Weingärtner und dem Aufsichtsratsmitglied Heinz Fuchs sehr anschaulich mit Stelltafeln, welche Schritte sie unternahmen, um diesen Titel – den es erst seit 2014 gibt – zu erlangen, und was sie als nächstes vorhaben.

Fairtrade soll den Produzenten 50 Prozent des Ertrags sichern und den Konsumenten eine Garantie für nachhaltig hergestellte Waren geben. Landraub

und Wasservergeudung sind zwei entscheidende Ursachen, wie große europäische Konzerne z.B. in Afrika die Existenz von Kleinbauern vernichten und die Umwelt zerstören. Die Folgen sind Dürrekatastrophen und Anstieg der Flüchtlingszahlen, die nur durch Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort verhindert werden können. Deshalb ist die Arbeit von Fairtrade-Aktivist\*innen an immer mehr Orten so unterstützenswert.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

# **Haus der Nachbarschaft im Kreuzerfeld**

## **Gemeinsamer Haushaltsantrag von DIE LINKE, SPD und Wählerinitiative Rottenburg**

Die Stadtverwaltung Rottenburg hatte am 15. November 2016 einen Antrag zur Bildung eines Bürgerinnenrates im Kreuzerfeld zum Thema „Quartiersentwicklung“ eingebracht. SPD, DIE LINKE und Wählerinitiative Rotten-

burg (WiR) hielten das für eine geeignete Gelegenheit, ihren gemeinsamen Haushaltsantrag für ein Haus der Nachbarschaft im (gesamten) Kreuzerfeld vorzustellen und die Stadt aufzufordern, in diesem Sinn aktiv zu werden.

Über die turbulente Debatte berichtet sehr anschaulich Gert Fleischer in den Rottenburger Post vom 17.11.2016). Hier der gemeinsame Antrag, der in den Haushaltsberatungen diskutiert und abgestimmt wird:

### **Gemeinsamer Antrag von SPD, Die Linke und Wählerinitiative Rottenburg (WiR)**

Der Gemeinderat Rottenburg fordert die Stadtverwaltung auf, einen Antrag für ein Haus der Nachbarschaft im Kreuzerfeld Süd im Rahmen des Investitionspaktes für sozialen Zusammenhalt des Bundes zu stellen. Zugleich sollen die anteiligen Finanzmittel, die die Stadt für die Begegnungsstätte im gescheiterten Projekt am Sportplatz in den Haushalt eingestellt hatte (ca. 450.000 Euro), im nächsten Haushalt aufgenommen werden und auch für eine erste Planungsrate für das Haus der Nachbarschaft eingesetzt werden.

Begründungen:

1. Seit über vier Jahren engagieren sich Bürgerinnen und Bürger aus dem alten und dem neuen Kreuzerfeld vorbildlich für ein Haus der Nachbarschaft, das im Zentrum des Kreuzerfelds liegen und neben der Begegnungsstätte auch soziale Einrichtungen, Hort und möglicherweise barrierefreie Wohnungen umfassen soll. Die Bürgerinitiative und der daraus hervorgegangene Förderverein haben zahlreiche Umfragen unter den Anwohnern und einige erfolgreiche Planungswerkstätten für die Umsetzung ihrer Bedürfnisse durchgeführt. Es wäre eigentlich Aufgabe der Stadt gewesen, nicht nur Wohnungen, sondern in einem großen Neubaugebiet auch die dazu gehörige soziale Infrastruktur zu schaffen. Die Ergebnisse der Planungswerkstätten liegen vor, so dass die Stadt in ihrem Antrag sich direkt darauf stützen kann, so wie sie das bereits in ihrem Antrag für das Gebäude am Sportplatz getan hat.

2. Bedürfnisse, Absichten und Planungsideen für das Haus der Nachbarschaft entsprechen in wesentlichen Aspekten dem Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt des Bundes, in dessen Begründung es heißt: „Mit diesen Investitionen können wir heute die sozialen Ghettos von morgen verhindern. Denn wir brauchen nicht nur genügend bezahlbaren Wohnraum, wir brauchen auch die Ertüchtigung der sozialen Infrastruktur als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden. Das sind beispielsweise Begegnungszentren, Stadtteilzentren, Stadtteilschulen oder Kitas.“ (Pressemitteilung Umweltministerium Nr. 136/16 vom 15.6.2016)

3. Beispiellos ist die Finanzierung im Investitionspakt: Er ist ab 2017 für vier Jahre mit jeweils 200 Mio. Euro angelegt und wird um jeweils 100 Mio. Euro aus dem Programm „Soziale Stadt“ aufgestockt, so dass jährlich 300 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Der Bund übernimmt bei einem genehmigten Antrag 80 Prozent der Kosten, das Land 10 Prozent und die Kommune die restlichen 10 Prozent. So billig käme Rottenburg nie wieder an ein beispielgebendes Projekt für Jung und Alt, Alt- und Neubürger verschiedenster Nationalitäten und Kulturen, Menschen mit und ohne Behinderung. Zugleich könnten damit mögliche soziale und politische Probleme konstruktiv im Vorfeld gelöst werden.

## **Tageseltern: Erfolgreicher Windelprotest gegen Kürzungen**

**50 Tageseltern aus allen Jugendamtsbezirken in Baden-Württemberg protestierten Anfang November unter ihrem Slogan „Kindertagespflege in trockene Tücher“ gegen die grün-schwarze Landesregierung. Aus Gründen der „Haushaltskonsolidierung“ - so nennt sich der Raubzug für soziale Bedürfnisse - wollte Kultusministerin Eisenmann (CDU) 550.000 Euro pro Jahr an Landesmitteln bei der Qualifizierung und Weiterbildung von Tageseltern kürzen.**

Der unerwartet heftige, landesweite Protest, den **DIE LINKE** im Kreistag Tübingen per Resolution unterstützte, zwang die Regierung, die Kürzung zurückzunehmen. Die Kindertagespfle-

ge wurde vor einigen Jahren eingeführt, um den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für alle Kinder unter drei Jahren zu gewährleisten und die notwendigen Investitionen für Kita-Neubau und ausgebildete ErzieherInnen zu vermeiden.

Um wenigstens eine Mindestqualifikation vorweisen zu können, müssen sich Tageseltern in 160 Unterrichtsstunden ausbilden und sich jährlich in 15 Stunden weiterbilden. Dieses Geld wollte die Landesregierung jetzt drastisch kürzen. Dabei bilden Tageseltern schon momentan die zweite wichtige Säule für die Kinderbetreuung im Land: 6.300 Tagesmütter betreuen etwa 21.000 Kinder, häufig wenn reguläre Kitas unzureichende Öffnungszeiten haben.

In Rottenburg sind es insgesamt ca. 50 Kinder bei Tageseltern, dies entspricht mindestens zwei Kita-Gruppen!

Für viele Berufstätige ist diese „Lückenbüßerfunktion“ inzwischen die einzige Möglichkeit, einer Arbeit nachzugehen. Die Tageseltern erhalten 5,50 Euro pro Stunde bei Unterdreijährigen und 4,50 Euro bei Überdreijährigen. Davon bleiben ihnen nach Abzug aller Kosten für Heizung, Spielmaterial usw. häufig nur ein bis zwei Euro. **Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderung der Tageseltern, sie mit 7,50 Euro vor Abzug der Kosten zu bezahlen.**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

# Front-Ex! - Na dann zum Wohl!

**Wie Schutz vor Flüchtlingen, Menschen- und Drogenhändlern und Dschihadisten gesucht wird**

**Zuerst hört es sich wie ein lockerer Trinkspruch an - Front-EX. Wenn man genauer hinsieht, dann ist es kein Trinkspass - eher eine menschenverachtende Veranstaltung.**

Frontex firmierte bis vor kurzem bürokratisch hölzern unter: **Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union** und wurde zur **Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache**.

Wenn man sich die offizielle Bezeichnung von Frontex anschaut, wird einem nicht gleich klar, was damit gemeint sein könnte. Zumindest dem Namen nach etwas Gutes - Wachsamkeit, Schutz, Sicherheit ...

Die Agentur hat ihren Sitz in Warschau seit 2004. Sie wurde finanziell, technisch und personell aufgerüstet. 2.500 Beamte (incl. Reserve) sollen künftig die Überwachung von Europas Außengrenzen vornehmen, denn es geht um die „Handlungsfähigkeit Europas in der Flüchtlingskrise“ (EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos) und um die Reisefreiheit zwischen den 26 Staaten des Schengenabkommens, die inzwischen durch nationale Grenzkontrollen in Frage gestellt ist. Der Schengenraum war eine für jeden spürbare Errungenschaft des Vereinigten Europas gewesen. Man konnte die Grenzen ohne lästige Kontrollen sehr ernst blickender Grenzpolizisten überschreiten. Jetzt suchen Nationalstaaten hinter meterhohen Schutzzäunen und schwer bewaffneten Grenzschützer Sicherheit vor Menschen, die unkontrolliert das Land betreten möchten. Es ist einsichtig, dass Außengrenzen kontrolliert werden. Ob Terroristen und organisierte Kriminelle vom Grenzübertritt wirksam abgehalten werden, kann bezweifelt werden.

Einsatzkräfte für Frontex wurden immer von Fall zu Fall von den Mitgliedstaaten gestellt, was oft dauerte oder den Bedarf nicht deckte. Bei Grenzschutzereignissen und Abschiebeflügen konnte Frontex zudem nur auf Antrag mindestens eines Mitgliedstaates tätig werden.

Die Mitgliedstaaten sind nun zur Kooperation verpflichtet und dürfen die Weitergabe von Informationen nur in

Fällen einer Gefahr für die nationale Sicherheit verweigern.

Bei Gefahr für das normale Funktionieren des Schengenraums kann die EU-Kommission auf Basis von Frontex-Informationen empfehlen, auch gegen den Willen eines Mitgliedstaates, einzugreifen. Dazu wird eine Liste mit Maßnahmen erstellt, die das Land umsetzen muss. Das letzte Wort liegt allerdings "wegen der politisch sensiblen Natur" des Schritts beim Rat der Mitgliedstaaten, denn damit würde direkt in die nationale Souveränität im Bereich der Inneren Sicherheit eingegriffen. Es scheint, dass Frontex gegen den Willen eines Staates handeln darf. Es ist schwer vorstellbar, dass die EU



**FRONTEX**

Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache

**Das Mittelmeer ist ein Massengrab**  
Mehr als 4 600 Flüchtlinge sind 2016 bislang ertrunken - rund tausend mehr als im Vorjahreszeitraum.

Frontex-Leute in ein Land schickt, in dem sie nicht auf die Zusammenarbeit von dortiger Polizei und Grenzschutz setzen können.

Die eigentliche Drohung liegt anderswo: Verweigert ein Mitgliedstaat 30 Tage nach dem Ratsbeschluss weiter die Hilfe, können die anderen Länder Kontrollen innerhalb des Schengenraums einführen, um Flüchtlinge an der Weiterreise zu hindern, was einem Rauswurf aus dem Schengenraum bedeuten würde und einen massiven Eingriff in die Souveränität darstellte.

Frontex kann jetzt auch auf eigene Initiative Abschiebeflüge organisieren, um die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zu beschleunigen. Die Behörde soll Regierungen auch stärker dabei unterstützen, Reisedokumente für die Abschiebekandidaten aus den Herkunftsländern zu besorgen.

Der Grenz- und Küstenschutz ist noch im Aufbau. Ab 6. Dezember 2016 sollen die schnelle Eingreiftruppe und der Ausrüstungspool einsatzfähig sein. Ab 6. Januar 2017 folgen die Einheiten für schnelle Abschiebungen. Zwischen Januar und März soll die Behörde dann erste "Schwachstellenanalysen" vornehmen, um Defizite beim Außengrenzschutz in einzelnen Mitgliedstaaten

aufzuspüren.

Klar wird jetzt, wer die Adressaten von Frontex sind: es sind Flüchtlinge und Asylsuchende, die daran gehindert werden sollen, ihre Rechte als Flüchtlinge und ihr Recht auf Asyl in Anspruch zu nehmen bzw. gar nicht in die Lage versetzt zu werden ihre Ansprüche prüfen zu lassen.

Kurz: **Frontex soll helfen, die Festung Europa noch mehr vor Schutzsuchenden zu schützen und den Schleusern das Handwerk zu legen.**

Hilfsorganisationen führen aber an, dass vor allem die Abschottung Europas das Geschäft der Schleuser fördert. Es fehlen sichere Fluchtrouten, die zur kontrollierten Einreise führen und zu einem geordneten Asylverfahren gegebenenfalls auch mit dem Ergebnis der Ablehnung und der Abschiebung.

Die Geschäftsgrundlage der Schleuser schaffen diejenigen, die Schleuser bekämpfen wollen. Durch das Versagen von regulären Flucht- bzw. Zugangswegen werden sie in die Arme menschenverachtender Geschäftemacher gezwungen. - Überall wo ein Mangel ist, wird mit der Beseitigung des Mangels Geschäfte gemacht - nicht nur bei den Schleusern!

Wer sich durch Flüchtlinge, die deshalb aus den Lagern im Libanon und in Jordanien flüchteten, weil wegen Geldmangel die Lebensmittellieferungen eingestellt werden mussten, noch nicht genug bedroht fühlt, dem wird vermittelt, wie bedroht wir durch Dschihadisten unter den Flüchtlingen sind und deshalb auch das Europäische Polizeiamt (Europol) eingebunden werden muss.

**So lange es Armut gibt, gibt es Migration. Grenzkontrollen und Behinderung der Einreise verhindern sie nicht.**



**Norbert Kern**  
Wendelsheim

# Rechtsruck im Kanzlerwahlverein ist kein Zukunftskonzept

**Bernd Riexinger - Pressemitteilung vom 6. Dezember 2016**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich am heutigen Dienstag beim CDU-Parteitag in Essen zum neunten Mal zur Parteivorsitzenden wählen lassen. Dazu erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Die erneute Wahl von Angela Merkel zur Parteivorsitzenden macht keine Hoffnung, dass die drängenden Probleme in Deutschland endlich angegangen und die tiefe Krise der Europäischen Union beendet wird. Ganz in Gegenteil: Mit den Verschärfungen in der Asyl- und Menschenrechtspolitik rückt die CDU nach rechts und mit dem Festhalten an der schwarzen Null und einer sozial ungerechten Steuerpolitik setzt sie zugleich ihre Politik der sozialen Spaltung fort und macht der Mehrheit der Menschen berechtigterweise keine Hoffnung, dass sich für sie irgendetwas zum Besseren wenden wird.

Aber Frau Merkel hat die Wahl noch lange nicht gewonnen. DIE LINKE wird sich entschlossen für einen Politikwechsel einsetzen und ein vierte Amtszeit Merkels verhindern. Ob große Koalition oder Schwarz-Grün – ich wünsche den Grünen als selbsternannte Menschenrechtspartei viel Spaß mit der nach rechts gerückten Union. Potentielle WählerInnen

der beiden Parteien sollten bei ihrer Wahlentscheidung daran denken: Wer sich zu Merkel ins Bett legt, der wacht mit Seehofer im Arm auf.

DIE LINKE ist die einzige demokratische Partei, die Merkels und Seehofers Herrschaft nicht verlängern wird. DIE LINKE steht für einen grundlegenden Richtungswechsel und einen politischen Bruch mit dem neoliberalen Marktfundamentalismus, der dieses Land so lange sozial und kulturell verwüstet hat. Nur durch eine nachhaltige Umverteilung des Reichtums können die drängenden sozialen Probleme gelöst, der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt und die Weichen für eine gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung gestellt werden.

Während das Ergebnis mit 89,5 Prozent eines der schlechtesten von Angela Merkel ist, zeigt es im Vergleich zu anderen Parteien dennoch, dass die CDU sich auf ihre Kernkompetenz konzentriert: Sie ist und bleibt ein Kanzlerwahlverein. Und eine Kanzlerkandidatin braucht ein zumindest halbwegs anständiges Wahlergebnis als Vorsitzende, garniert mit rechtspopulistisch inspirierten Kursänderungen.

## Trump sei Dank

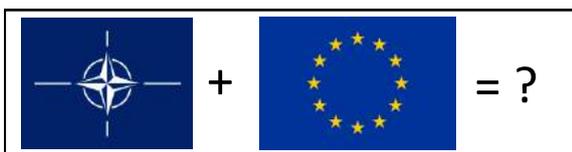
**Auch wenn wir nicht wollten - wir müssen leider leider**

**Wenn es stimmt, dass bei einer Umfrage von TNS Infratest im Auftrag der Körber-Stiftung in der ersten Oktoberhälfte 2016 41 Prozent der Befragten auf die Frage, ob eine gemeinsame europäische Armee geschaffen werden solle mit Nein geantwortet hat, mit Ja aber 51 Prozent, dann muss sich Trump keine Sorgen machen, dass sein Hinweis die NATO-Beiträge müssten erhöht werden, in Deutschland auf großen Widerstand stößt.**

Der Verteidigungswille der Befragten ist offenbar. Ob dies auch der Fall im Rahmen der NATO zutrifft, ist zwar nicht ausgesagt, aber bei den derzeitigen Bemühungen EU und NATO enger zu verzahnen spielt das keine Rolle.

Es wird derzeit eine Situation vom Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, wie auch von deutschen Außenminister Steinmeier beschrieben, die gemeinsame „Projekte“ von EU und NATO erzwingen. 40 solche Projekte sollen es sein, die unter der Bezeichnung „strategische Partnerschaft“ in Respekt vor der Entscheidungsautonomie des jeweiligen Partners durchgeführt werden. Wer aber garantiert, dass

militärische Interessen als alternativlos dargestellt werden und die EU mehr und mehr zu einer Unterabteilung der NATO wird?



Sogenannte hybride Bedrohungen und hybride Kriege haben den schlichten Krieg zwischen teilnehmende Kombattanten abgelöst. Die Verschränkung des Einsatzes von militärischen Mitteln, politischem und wirtschaftlichem Druck und die Manipulation der Strukturen der Kommunikation erfordern andere Abwehrmechanismen. Aber kann das einen NATO-EU-Komplex rechtfertigen?

Bleibt eine ganz anders gerichtet Frage: Weshalb wurde die Forderung nach mehr Verteidigungsleistung von amerikanischer Seite nicht mit der Frage nach ganz anderen Konfliktlösungsstrategien gekontert?

Schnell haben sich die Europäer auf die Schiene der weiteren Rüstung setzen lassen. Haben wir es dabei nur mit

vorausilemendem Gehorsam zu tun, der Bestrafung vermeidet und Lob einbringt? Oder ist es Dankbarkeit gegenüber Trump, der zum bösen Buben aufgeblasen werden kann, nur um die Rüstungsanstrengungen der Europäer als aufgezwungen erscheinen zu lassen und eine Rüstungsdebatte vom Bundestagswahlkampf 2017 fern zu halten? Die Rüstungsfirmen schauen schon jetzt sehr entspannt und überschlagen die Profite!

Einer kann einem aber Leid tun. Es ist Finanzminister Schäuble. Hoffentlich kommt er bei dieser Art von Sicherheitspolitik nicht mit seiner dicken Schwarzen Null ins Gedränge und es fehlt ihm die Luft zum Atmen. Aber im Gegenzug lässt sich bei Sozialleistungen bestimmt Luft schaffen.

Mehr weltweite Verantwortung kann nicht zum Nulltarif übernommen werden. Aber mit welchen Partnern, mit welchen Zielen und vor allem mit welchen Mitteln wollen wir das tun?

**Norbert Kern, Wendelsheim**

# Skandalöser Reichtum gefährdet unsere Demokratie

## Besteuerung statt Bereicherung

Sind Sie auch innerhalb eines Jahres um 11,4 Milliarden Euro reicher geworden? Dies ist bei der Familie Reimann (Jacobs-Kaffee, Wella-Shampoo und Edelmarken) der Fall. Sie hat damit Platz 2 der reichsten Deutschen inne vor Susanne Klatten und Stefan Quandt, dem BMW-Duo, dessen Reichtum in einem Jahr um 3,5 Mrd. auf über 30 Mrd. Euro gestiegen ist.

Um 44.000 Personen ist die Zahl der Millionäre allein im letzten Jahr in Deutschland gestiegen. Zwei Drittel der Hochvermögenden gab nach eigenen Angaben zu, durch Erbschaft reich geworden zu sein, so die neueste Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die AFD will die Erbschaftssteuer ganz abschaffen – wes' Brot ich ess, des Lied ich sing!

Die Raffgier einiger Reicher wird auch an ihrem Goldschatz deutlich: Seit 2014 ist der private Goldbesitz in Deutschland um 500 Tonnen (!) auf insgesamt 8.700 Tonnen gestiegen, das ist das Doppelte des Besitzes der Deutschen Bundesbank. Damit ist der Goldschatz einer kleinen Minderheit innerhalb von zwei Jahren von 250 auf 333 Milliarden Euro angewachsen.

Jetzt weiß man, warum der grüne Überwarter Kretschmann Krokodilstränen über den verarmenden „Mittelstand“ vergoss, als er mit Forderungen nach einer Vermögenssteuer oder einer höheren Erbschaftssteuer konfrontiert wurde und die Investitionstätigkeit der Betriebe gefährdet sah.

Da ist Kretschmann sehr weit von der bundesdeutschen Wirklichkeit entfernt: Nur ganze fünf Prozent der Unternehmensgewinne werden in Deutschland wieder investiert, alles andere wird als Reichtum gehortet oder (häufig an der Steuer vorbei) in „Briefkästen“ (Panama, Bermudas usw.) gebunkert und dann hochspekulativ für Nahrungsmittel, Immobilienhandel, Waffen- und Drogengeschäfte eingesetzt. Da kommen die höchsten Dividendenausschüttungen der 30 DAX-Konzerne gerade rechtzeitig: Erstmals zahlen sie 2017 über 30 Milliarden an ihre Aktionäre aus.

Der Reichtum dieser Minderheit und die Milliardenzuwächse innerhalb eines Jahres haben nichts mit persönlicher „Leistung“ dieser elitären Parallelgesellschaft zu tun. Sie beruhen auf der immer größeren Aneignung dessen, was die Beschäftigten in einem Jahr erarbeiten – und dafür immer weniger bekommen: Wären wir nicht arm – wärt ihr nicht reich!

### Die soziale Spaltung wächst rapide

„Es ging uns Deutschen nie so gut wie heute.“ (Merkel, Haushaltsdebatte) Allein in den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Beschäftigten, die trotz Vollzeitbeschäftigung armutsgefährdet sind, von 5,5, auf 9,7 Prozent

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

fast verdoppelt (EU-Statistikbehörde Eurostat). Leiharbeit, befristete Verträge, Werkverträge, Minijobs – das „Jobwunder“ beruht auf purer Ausbeutung und Verarmung: Fast jede(r) fünfte Beschäftigte mit befristetem Vertrag ist von Armut bedroht, besonders durch die künftig geringe Rente. Deshalb gehören diese Arbeitsformen abgeschafft und der Mindestlohn auf 12 Euro angehoben. Denn damit werden Arbeitgeber und deren Gewinne subventioniert, während die Gesellschaft die Kosten (Hartz IV, „Aufstocker“ und Grundsicherung im Alter) trägt.

### Merkels „marktgerechte Demokratie“

Dieser Reichtum gefährdet sozialen Zusammenhalt und Demokratie in unserer Gesellschaft. Nicht nur, weil 800 Milliarden in „Betongold“ (Immobilien) angelegt werden und die Mieten explodieren, Banken die Gesetze für die Bankenkontrolle selber schreiben und Beschäftigte des Bundesfinanzministeriums offensichtlich in Cum-Ex-Geschäfte verwickelt waren. Mit ihnen wurde der Staat um zehn Milliarden Steuern betrogen. Durch zu geringe Steuern verschulden sich immer mehr Städte und Gemeinden, können sie nicht in Wohnungen, Kitas, Schulen und Krankenhäuser

investieren, muss die Mehrheit der Bevölkerung immer mehr Steuern zahlen. Wer die Kritik daran als „Sozialneid“ (CDU) abtut, zeigt, wessen Interessen er vertritt!

### Wie käuflich ist unsere Politik?

Unsere Demokratie ist gefährdet, wenn die reiche Minderheit Druck auf die Politik ausübt und eine immer stärkere Umverteilung von unten nach oben fordert. Nicht jeder verhält sich allerdings so plump wie die Familie Quandt (BMW-Großaktionär). Sie spendete vor drei Jahren 690.000 Euro an die CDU, als die Bundesregierung in Brüssel höhere Abgaswerte für Autos in der EU verhinderte. Daimler-Chef Zetsche forderte direkte Beteiligung der Autokonzerne an den CO<sub>2</sub>-Verhandlungen: Die E-Autos sollen die CO<sub>2</sub>-Durchschnittswerte der neuen Wagen senken! Im Allgemeinen wirken Milliardäre öffentlichkeitsscheu wie in ihrem Privatle-

ben. Aber ohne sie wäre die Wiedervereinigung nicht aus Sozialkassen, sondern über Steuern für alle bezahlt worden. Ohne sie gäbe es keine Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen durch Schröder und Fischer oder Riesters „private Altersversorgung“ zugunsten der Versicherungskonzerne. Ohne sie gäbe es nicht Schäubles Propaganda für Rente bis 70 Jahren und die (vorläufig gescheiterte) Privatisierung des Autobahnbaus. **Welche Kanäle sie dafür benutzen, kann man bis heute an Stuttgart 21 täglich nachvollziehen.**

**Diese skandalöse Bereicherung und Einflussnahme braucht kein „Weiter so“. Sie muss gestoppt werden durch eine drastische Besteuerung von Erbschaften und Vermögen über eine Million Euro und durch systematische Verfolgung von Steuerflucht ins Ausland!**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

Kreisrat

„DIE LINKE“

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

## „Sie sind mein Präsident!“

Sehr geehrter Herr Eumerle,

vor einen Monat musste ich Ihnen leider mitteilen, dass Sie völlig ungeeignet für den Posten eines Regierungspräsidenten sind. Es hat mich sehr geschmerzt. Aber: Ehrlichkeit ist die Grundlage unserer Arbeit.

Heute möchte ich Ihnen einen sehr hoffnungsvollen Karriereweg aufzeigen. **Lassen Sie sich zum Bundespräsidenten wählen.** Werfen Sie Ihren Hut in den Ring. Ihre Chancen sind blendend. Die Personalnot der CDU/CSU ist offensichtlich. Ein Herr Steinmeier von der SPD und ein Herr Kretschmann von den Grünen sind derzeit lediglich Namen - chancen- und farblos und dem Establishment zugehörig. Andere Personen haben artikuliert, das Amt nicht anzustreben. Die Linke dachte nach und fand einen Herrn Butterwege. Sie aber strahlen Unverbrauchtheit aus und sind unbelastet von parteipolitischen Querelen. Sie sind sozusagen das unbesudelte weiße Blatt. Die Kompromissunfähigkeit der etablierten Parteien ist Ihr Pfund mit dem Sie wuchern können.

Das Land wünscht sich nach Brexit und Trump und Ihrem Vorgänger Sicherheit. Es sehnt sich nach Ihnen.

Leider erfolgt die Wahl zum Bundespräsidenten ohne Aussprache und ohne Wahlkampf durch eine sogenannte Bundesversammlung. Eine Volkswahl

würde Sie glänzend ins Amt hieven. Leider nützt mein brillanter Slogan uns nichts - schade!

Sie haben alle Voraussetzungen für den Repräsentanten Deutschlands: gesetztes Alter, graue (nicht weiße)

**- Eumerle for Präsident!!! -  
- We like Alfons!!! -**

Haare, Ihre Formulierungen sind diffus nichtssagend diplomatisch und vielschichtig interpretierbar. Sie sind kein Theologe. Ihre Ehe ruht und Sie sind liiert. Ihr von Trollinger und Schwarzwälder Schinken geprägtes Naturell lässt Sie leicht die Herzen aller Bürgerinnen und Bürger finden.

Sollten Sie doch einmal das Bedürfnis haben, etwas deutlicher zu werden, so dürfen Sie auch das sagen. Nur diejenigen werden Ihnen zuhören, die Sie nicht ansprechen wollten. Außer dem Wort verfügen Sie über keinerlei Einfluss, sind also geschützt vor jeglicher Kritik. Unter dieser

Voraussetzung werden Sie wirkungslos gegen Rassismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit anreden und wirkungslos das Grundgesetz verteidigen. Ihre Repräsentationspflichten werden Ihnen schöne Ausflüge in alle Welt ermöglichen - und das auf Kosten der von Ihnen zu repräsentierenden Bürger. Beim Formulieren eines Vorstellungsschreibens an die Parteizentralen wer-

de ich natürlich behilflich sein, über die Presse lanciere ich Ihren Namen mit attraktiven Bildmaterial in die Öffentlichkeit. Sogenannte soziale Medien überschütte ich mit erdrückenden Informationen. Volkes Stimme („Wir sind ...“) hat wie immer nichts zu sagen, bringt aber mit Sicherheit Zustimmung für Sie.

Sollten Sie immer noch Vorbehalte haben, so möchte ich noch daraufhinweisen, dass das Amt des Bundespräsidenten ein Wahlamt ist und Sie nicht von irgendwelchen Ministerpräsidenten, deren Mehrheiten und löchrigen Netzwerken abhängig sind wie bei der Ernennung zu einem Regierungspräsidenten in Baden-Württemberg

**Greifen Sie zu! - Ich gratuliere Ihnen zur Präsidentschaft! Zehntausende - Millionen von Bürger werden Sie mit Plakaten begrüßen:**

**Sie sind mein Präsident!**

Mit freundlichem Gruß  
Nepomuk Köberle

Agentur „Pöstlesbringer“

Anmerkung:

Die Namen wurden aus Datenschutzgründen geändert. Sollte der geschilderte Sachverhalt in irgendwelcher Art eine Ähnlichkeit mit der Wirklichkeit aufweisen, wäre dies rein zufälliger Zufall.

**Norbert Kern, Wendelsheim**



# DIE LINKE.

**Neues aus dem Neckartal**

Termine:

**Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad**

Samstag, 10. Dezember 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

**Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**

Mittwoch, 14. Dezember 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Veranstaltungstermine finden Sie auch in der Tagespresse und auf [www.die-linke-rottenburg.de](http://www.die-linke-rottenburg.de)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

[facebook.com/solid-rottenburg-a.n](https://www.facebook.com/solid-rottenburg-a.n).

E-Mail: [rottenburg@linksjugend-solid-bw.de](mailto:rottenburg@linksjugend-solid-bw.de)

**Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: [emanuelpeter@gmx.de](mailto:emanuelpeter@gmx.de)



**Redaktion**

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



**V.i.S.d.P.**

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg

Eichendorffstr. 49